

Abstimmung vom 18.5.2003

## Kein zweiter Erfolg für AKW-Gegner: Moratorium wird nicht verlängert

**Abgelehnt: Volksinitiative «Moratorium Plus – für  
die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps  
und die Begrenzung des Atomrisikos»**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Kein zweiter Erfolg für AKW-Gegner: Moratorium wird nicht verlängert. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 637–638.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

1990 gewinnen die Atomkraftgegner nach mehreren erfolglosen Versuchen (vgl. Vorlagen 321 und 365) erstmals eine eidgenössische Abstimmung: Mit einem Mehr von 54,6% sagt das schweizerische Stimmvolk Ja zu einem zehnjährigen Moratorium für den Bau von neuen Kernanlagen (vgl. Vorlage 366). Da dieses Ende 2000 auslaufen droht, reicht der Verein «Strom ohne Atom» – unterstützt von rund 30 Umweltschutzorganisationen, der SP und den Grünen – 1999 die Volksinitiative «Moratorium Plus – für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos» ein. Diese verlangt, dass für eine Dauer von zehn Jahren keine Bewilligungen für neue Kernanlagen und Forschungsreaktoren erteilt werden dürfen. Für die Verlängerung des Betriebs bestehender Kernkraftwerke über 40 Jahre hinaus fordert das Begehren das fakultative Referendum. Zeitgleich mit der «MoratoriumPlus»-Initiative wird auch die Initiative «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke» (vgl. Vorlage 501) eingereicht.

Nach der Einreichung der Initiativen kündigt der Bundesrat die baldige Revision des Atomgesetzes an, um den beiden Volksbegehren einen Gegenvorschlag gegenüberstellen zu können. 2000 gibt der Bundesrat einen ersten Vorentwurf in die Vernehmlassung. Dieser lässt zwar die Frage nach dem Bau von neuen Atomkraftwerken offen, sieht aber immerhin ein Wiederaufarbeitungsverbot für abgebrannte Brennelemente sowie die Mitbestimmung des Standortkantons beim Bau neuer Kernanlagen vor. Die Initiativen empfiehlt der Bundesrat dem Parlament zur Ablehnung mit der Begründung, ein endgültiger Ausstieg aus der Atomenergie hätte gravierende Folgen für die Volkswirtschaft und gefährde die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele. Der Nationalrat schliesst sich der Meinung des Bundesrates an und lehnt die Verlängerung des Moratoriums gegen den Willen der SP und der Grünen mit 109 zu 67 Stimmen klar ab. Nicht besser ergeht es dem Volksbegehren im Ständerat, wo es mit 35 zu 6 Stimmen abgelehnt wird.

## GEGENSTAND

Die Bundesverfassung soll wie folgt geändert werden: Soll ein Atomkraftwerk länger als 40 Jahre in Betrieb bleiben, ist hierfür ein referendumspflichtiger Bundesbeschluss erforderlich. Die Betriebszeit darf um jeweils höchstens zehn Jahre verlängert werden. Das Verlängerungsgesuch des Betreibers hat insbesondere über den Alterungszustand der Anlage und die geplanten Sicherheitsmassnahmen Aufschluss zu geben. Darüber hinaus soll der Bund Vorschriften über die Deklaration der Herkunft und der Art der Elektrizitätsproduktion erlassen.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

In einem mit Herzblut geführten Abstimmungskampf argumentieren auf der Seite der Befürworter SPS, EVP, CSP, PdA, GPS und SD, dass mit der Fortführung des Moratoriums genug Zeit gewonnen werden könne, um alternative Energiequellen weiter zu erforschen, zu entwickeln und einzusetzen. Nach Meinung des Initiativekomitees würde die Schweiz mit

dem schrittweisen Atomausstieg zu einem Pionierland der alternativen Energien; Tausende neuer Arbeitsplätze könnten so geschaffen werden. Auch der zuständige SP-Energieminister Moritz Leuenberger signalisiert eine gewisse Sympathie für das Anliegen. Die Gegner – neben den bürgerlichen Parteien die Wirtschaftsverbände und der Gesamtbundesrat – verweisen hingegen auf die grosse Abhängigkeit der Volkswirtschaft von der Atomkraft und bezweifeln, dass diese in naher Zukunft durch alternative Energien ersetzt werden kann. Sie verweisen auch auf die CO<sub>2</sub>-Neutralität der Atomkraft.

## ERGEBNIS

Mit 58,4% Nein lehnen die Stimmenden und fast alle Stände auch das Moratorium ab. Einzig die Kantone Basel-Stadt und Baselland sprechen sich mit einem Ja-Anteil von 57,9% respektive 50,2% für die Verlängerung des Baustopps aus. Am deutlichsten wird die Vorlage im Wallis verworfen (31,7% Ja). In der Nachbefragung spricht sich die Mehrheit der Neinstimmenden gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke aus und stimmt somit dem Hauptanliegen der Moratoriumsvorlage zu. Dass diese an der Urne dennoch keine Mehrheit fand, hängt wohl mit dem niedrigen Wissensstand der Stimmenden über die Vorlage zusammen. So konnten beinahe ein Drittel der Initiativgegner kein Motiv für ihre Entscheidung angeben.

## QUELLEN

BBI 2001 2665; BBI 2002 8154. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1999 bis 2003: Energie – Kernenergie. Vox Nr. 81.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).